

Gemeinsame Alpenpolitik gefragt

Gipfeltreffen Grüne setzen auf grenzübergreifende Zusammenarbeit – Klimawandel erfordert Umdenken

Oberstaufen/Oberallgäu | uw | Nur gemeinsam lässt sich eine naturverträgliche Alpenpolitik erfolgreich angehen. Das Fazit zogen Spitzenvertreter der Grünen aus Bayern, Baden-Württemberg, Vorarlberg und Tirol bei einem ersten gemeinsamen „Gipfeltreffen“ auf dem Hochgrat bei Oberstaufen-Steibis. Handlungsbedarf sehen die Grünen allein schon mit Blick auf den Klimawandel: Nach mittleren Prognosen des Weltklimarates wird es in den Alpen bis zum Jahr 2100 rund vier bis fünf Grad wärmer.

Konsequenzen für die Umweltpolitiker: Einerseits sind noch konsequenter als bisher alle Möglichkeiten zum Klimaschutz umzusetzen. Andererseits müssen sich die Alpenregionen etwa im Tourismus auf einschneidende Änderungen einstellen. So ist es nach Ansicht von Landtagsabgeordnetem Adi Spinkart falsch, auf noch mehr Beschnei-

ungsanlagen zu setzen. Denn die könnten die Erwärmung nur noch übergangsweise ausgleichen. Zukunftschancen biete der Sommertourismus, wenn es künftig am Teutonengrill zu heiß ist, so Spinkart.

Der Oberallgäuer Landtagskandidat Thomas Gehring lobte den „Naturpark Nagelfluhkette“, da der Chancen biete, voneinander zu lernen und gemeinsame Ziele umzusetzen. Dazu gehörten regionale Wirtschaftskreisläufe und Vermarktungskonzepte, die zugleich den Verkehr einschränken könnten. Und statt gegenseitigen Wettbewerbs sei ein neues Tourismuskonzept für den Alpenraum nötig.

Großen Handlungsbedarf sehen die Grünen auch bei der Energie, da die Zeit billigen Öls vorbei sei. Wenn man mit Biomasse und der Kraft der Sonne die Energieversorgung regionalisiere, bringe das vor Ort Wertschöpfung. Schon bald



„Gipfeltreffen“ der Grünen (von links): Georg Willi (Landtag Tirol), Johannes Rauch (Landtag Vorarlberg), Landtagskandidat Thomas Gehring, Abgeordneter Adi Spinkart (Waltenhofen), die Landesvorsitzenden Theresa Schopper (Bayern) und Daniel Mouratidis (Baden-Württemberg) sowie der Württemberger Fraktionsvorsitzende Winfried Kretschmann.

Foto: Ulrich Weigel

werde Solarstrom nicht mehr teuer sein als konventioneller. „Mein Traum: Jedes Haus ist sein eigenes Kraftwerk“, sagte Georg Willi (Landtag Tirol). Diese Demokratisierung der Stromversorgung mache von Ölscheichs und großen Stromkonzernen unabhängig.

In einer Resolution fordern die Grünen unter anderem: keine großflächige Rodung von Bergwald (auch nicht für große Sportereignis-

se); keine weitere Genehmigung von Beschneiungsanlagen, Skiliften und Bodenmodellierungen für Skipisten; kein Hoch- und Tiefbau in Überschwemmungsgebieten; kein Straßenneubau (Ausnahme: Entlastungstunnel); Ausbau der Bahn auf den Strecken München-Lindau und Ulm-Friedrichshafen-Lindau sowie Überprüfung von Allgäuer Hochalpen, Karwendel und Ammergebirge auf die Eignung als Nationalpark.